

Bezugsgebühr:

Monatlich 2 Mk. im Vorh. durch
den Postboten.

Die „Dresdner Nachrichten“ erscheinen
täglich Morgens 7 Uhr. Die Redaktionen
sind in Dresden, in der Hauptstadt, an
der Hauptstraße, in der Nähe des
Hauptbahnhofs, in der Nähe des
Hauptbahnhofs, in der Nähe des
Hauptbahnhofs.

Redaktionsdirektor:
Herr Dr. H. H. H. H.

Telegraphische Adressen:
Dresden, H. H. H. H.

Telegraphische Adressen:
Dresden, H. H. H. H.

Dresdner Nachrichten

Töchter-Pensionat

von Frau Landrath von Lengerke
Cassel-Wehlheden. Wissenschaftliche, wirthschaftliche u. gesellschaftliche Ausbildung. Angenehmes Familienleben. Ausländerinnen im Hause. Musik-, Mal- u. Tanzstunden. Näh- u. Prosp.

Telegr.-Adresse:
Nachrichten, Dresden.

Closets & Badeartikel
in großer Auswahl billigst
Friedrich Gappisch
Fabrik Dresden, A. H. H. H.

Max Roll, Cigarrenhandlung
Zöllnerstrasse DRESDEN Ecke Striesnerstr.
Annahme von Inseraten und Abonnements für die
„Dresdner Nachrichten“.

Reinh. Leupolt, Gummiwerk Kemnitz,
Schulzstraße, Dichtungen, Wälzen, Condensklappen, Hebevorrichtungen, Rollen,
Flaschen-Isolieren, Isoli-
schichten, Puffer, Kleben, Closets,
Kissen, Räder, etc.
Ständige Stoffschneiderei, Putzwolle, Masch.-Mineralöle und Fett,
Schmieröle, Seife, etc. u. Wasserwaagen und alle technischen Artikel.
Contor-Lager: Dresden, Wettinerstr. 26. Fernspr. 289.

Julius Schädlich
Am See 16, part. u. I. Et.
Belichtungs-Gegenstände
für Gas, elektr. Licht, Petroleum, Kerzen.

Dresdner Vernickelungs-Anstalt von Otto Büttner, Falkenstrasse No. 1-3 (Hofgebäude.)

Nr. 85. Spiegel. Ansprache des Kaisers. Rathhauspläne, Hofnachrichten, Flottenverein. Zum Fall Guntel, Amtveränderungen, Fuhrmanntzung, Gerichtsverhandlungen. Wuthmühl. Witterung: Dienstag, 26. März 1901.

Die Ansprache des Kaisers.

Die Ansprache, die der Kaiser an das Präsidium des preussischen Abgeordnetenhauses gehalten hat, bildet den Gegenstand lebhafter Erörterungen in der gesammten parteipolitischen Presse. Dabei zeigt sich wieder der schon oft genug unmissbar empfindbare Mangel, daß die Kritiken und Kommentare, die an die kaiserlichen Reden geknüpft werden, bis zu einem gewissen Grade der seltenen tatsächlichen Unterlage entbehren, weil es an einer zuverlässigen Wiedergabe des genauen Wortlauts mangelt. Nach den zuerst gegebenen Darstellungen sollte der Kaiser insbesondere von einer Abnahme der Autorität der Krone nach dem Tode Kaiser Wilhelms I. gesprochen und weiterhin die allzu scharfe Kritik, welche die Maßnahmen der Regierung fanden, gerügt haben. Nunmehr liegt aber der stenographische Parlamentsbericht vor und darnach hat Präsident v. Stöcker über die Ausführungen des Kaisers folgende Mittheilungen gemacht: „Seine Majestät sagten, Sie seien durch den Vorfall in Bremen besonders darum so schmerzlich berührt, weil Sie jetzt die Ueberzeugung gewonnen, daß seit dem Tode des hochseligen Kaisers Wilhelm bis jetzt die Achtung vor den Autoritäten im Volke abgenommen habe, namentlich in der Jugend, und Seine Majestät sagten dann etwa hinzu: Wir Alle, alle Stände ohne Ausnahme können und dürfen uns da von einer Kritik nicht freisprechen, daß wir durch die Mittel, die Allen zu Gebote stehen — z. B. wieseln Seine Majestät auf die Presse hin — nicht genug dafür gethan haben, daß die Autoritäten in der Art gehandhabt werden, wie es früher geschehen ist. Ich habe das Zutreten zu dem Hause der Abgeordneten und zu allen Parteien in demselben, daß alle Parteien nach ihren Kräften dahin wirken möchten, daß die Achtung vor den Autoritäten wieder so gewonnen würde, wie es nöthig wäre.“ Der letzte Satz wird in dem Parlamentsbericht in direkter Rede wiedergegeben, scheint also dem Kaiser wirklich so gesprochen zu sein.

Die Thatsache der allgemeinen Abnahme der Achtung vor den Autoritäten, die der Kaiser feststellt, ist nicht in Zweifel zu ziehen. Wenn wir auch im Vergleich mit anderen Nationen im Deutschen Reich immer noch einen recht beträchtlichen Fonds von natürlichen Autoritätsinstanzen im Volke besitzen, dessen Vorhandensein eher als anderswo auf die Wirksamkeit von Lug und energisch angewandten Mitteln zur Wiederherstellung der Autorität da, wo sie verloren gegangen ist, hoffen läßt, so wird doch kein Einflüchter sich der Erkenntnis verschließen, daß auch bei uns zu Lande die Dinge in mancher Hinsicht recht schlimm stehen. Bedeutendste Ursache ist es nun in jedem Falle, daß der Kaiser bei seiner Rede über das Schwandens des Autoritätsgefühls im Volke auf einen bestimmten Zeitabschnitt zurückgreift, nämlich auf die Regierung Kaiser Wilhelms I., mit dem Ende der zunehmenden Verfall der Autorität begonnen habe. Der Kaiser erklärt dadurch mittelbar, daß jene frühere Periode in besonderem Maße autoritätserhaltende Faktoren aufzuweisen gehabt hat, und es muß sich daher aus einem Vergleich von damals und heute ergeben, welche jener Faktoren im Einzelnen jetzt nicht mehr oder doch nicht in der gleichen Stärke vorhanden sind, so daß auf ihren geeigneten Ersatz Bedacht genommen werden muß.

Die beiden Hauptmomente, welche die Periode Kaiser Wilhelms I. als eine hervorragend autoritätserhaltende kennzeichnen, bilden die persönliche Stellung des alten Kaisers und die Haltung seiner von dem Fürsten Bismarck geführten Regierung. Persönlich hielt sich Kaiser Wilhelm I. in der Öffentlichkeit möglichst im Hintergrund und bemühte es durchaus, auch nur den Anschein zu erwecken, als wenn von ihm fortgesetzt neue Antriebe und Einwirkungen auf den Gang der Staatsmachinelle ausgingen. Der alte Kaiser beherrschte mit klarem Blick die gesammte Regierungsthätigkeit bis in die kleinsten Einzelheiten, war aber zugleich von der Nothwendigkeit einer ausgebreiteten Arbeitstheilung für die modernen staatlichen Verhältnisse so überzeugt, daß er die von ihm auf den rechten Platz gestellten rechten Männer mit dem Altreichskanzler an der Spitze ungetrübt in ihrem Ressort schalten und walten ließ, wie das öffentliche Wohl es erheischte. Die Regierung ihrerseits, die Fürst Bismarck in unerschütterlicher Vorbildlichkeit führte, war von einem ausgebreiteten Zeingefühl für das allgemeine nationale und staatsbehaltende Interesse befeuert und ließ sich von dieser untrüglichen Richtschnur bei allen ihren Handlungen und Entschlüssen in so zielbewußter und unerbittlich konsequenter Art leiten, daß sie das, was einmal auf dieser Grundlage als unbedingt notwendig erkannt worden war, auch rückwärtslos und auf jede Gefahr eines Konfliktes hin zu Ende brachte. Vornehmlich war es der Kampf gegen die Feinde der staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung, den die damalige Regierung als unausweichlich erkannt und demgemäß mit eigener Energie aufgenommen hatte. Eine solche Art zu regieren, regte naturgemäß zahlreiche erbitterte Widerstände auf; trotzdem aber litt darunter die Autorität nicht, sondern man erzielte im Gegentheil so greifbare Fortschritte in der allgemeinen Stärkung der Autorität, daß heute der Träger der Kaiserkrone auf jene Epoche unserer vaterländischen Zeitgeschichte als auf eine besonders autoritätserhaltende und staatsbehaltende Bezug nimmt und sie der Gegenwart als Beispiel hinweist. Etwas Aehnliches hat noch jetzt unsere engere kaiserliche Heimath aufzuweisen, indem hier König Albert die von Kaiser Wilhelm I. gestifteten Traditionen bezeugend der persönlichen

Stellung des Herrschers sorgfältig hochhält, während gleichzeitig die Regierung über ein festes Maß von staatsbehaltender Energie und zielbewußter Beharrlichkeit in der Vertretung der Autoritätsinteressen verfügt und durch ihre konsequente Befähigung des Umfanges sich weit und breit die Anerkennung aller Ordnungsfreunde errungen hat.

In diesen Verhältnissen trat im Reiche nach dem Tode des alten Kaisers und dem Rücktritt des Fürsten Bismarck eine Aenderung ein, und zwar sowohl mit Bezug auf die persönliche Stellung des Monarchen im Staatsoberhaupt als auch hinsichtlich der Art der Handhabung der Regierungsgeschäfte. Kaiser Wilhelm II., jung, lebhaft und impulsiv, eine „hochgestimmte Mars-Natur“, wollte sein eigener Kanzler sein und gab nach allen Richtungen und auf allen Gebieten Anregungen, die oftmals neue und große Gedanken formten und weitgehende Pläne aufstellten, aber ohne daß in allen Fällen die That der Anregung folgen konnte. Der Einfluß der verantwortlichen Minister trat dabei mehr und mehr zurück und diese gerietten allmählich in eine Lage, in der sie eigentlich nur noch die Maßnahmen des Monarchen zu decken hatten. Darnach litt unabweislich die Selbstständigkeit und Konsequenz der gesammten Regierungspolitik und es kam schließlich so weit, daß man wesentliche Interessen der Staatsverwaltung preisgab, um nur nicht nach der einen oder anderen Seite anzustoßen und einen Kampf bis zum bitteren Ende führen zu müssen. Das Sozialistengesetz, das der Sozialdemokratie nach dem späteren eigenen Geständnis der Führer nahezu völlig den Garaus gemacht hatte, fiel als das erste Opfer des „neuen Kurzes“ und leitete die Partei des Umsturzes eine Behandlung erfahren, die ihr das Heben und Wählen gegen die Grundlagen der bestehenden Ordnung im weitesten Umfang gestattete. Darf es da Wunder nehmen, daß die Achtung vor den Autoritäten in deutschen Landen abgenommen hat, daß die Jugend demoralisirt wird und verwildert?

Auch der Umstand, daß das persönliche Verhältnis des Herrschers gegenüber der Öffentlichkeit sich verschoben hat, hat nicht die davon erhoffte Stärkung der monarchischen Autorität zu bringen vermocht. Gewiß ist es für einen Feuertest von der Art Kaiser Wilhelms II. schwer, seinem idealen Thatendrange, den er ganz und ungeschwächt in den Dienst seines Landes stellen möchte, fortwährend Fessel anzulegen, und so mag es denn menschlich wohl begreiflich erscheinen, daß unserem jetzigen Kaiser ein rein konstitutionelles unpersönliches Wirken zu herber Zwang dünkt. Auch gab es ja eine Zeit, wo die deutschen Patrioten sich von der persönlichen Regierungsmethode des Kaisers das Beste versprochen, und im Auslande, namentlich in Frankreich, wo man nur das Licht ohne den Schatten sieht, beneidet man uns noch heute um die romantisch-ritterliche Eigenart unseres Kaisers. Bei allem persönlichen Jauber in dessen, der von dem Kaiser ausgeht, kann doch darüber kein Zweifel mehr bestehen, daß die Nothwendigkeit des persönlichen Regiments die Vortheile überwiegen haben, nicht zum wenigsten dadurch, daß die Person des Monarchen der öffentlichen Kritik in einem Maße verfallt, das mit der Staatswohlthat und dem monarchischen Interesse nicht verträglich ist. Allerdings ist ja nicht zu bestritten, daß eine lokale, von besserer Absicht geleitete und in ehrerbietiger Form gehaltene Kritik die monarchische Autorität irgendwem beeinträchtigen könnte. Gegen die freimüthige Behandlung einer Aufstellung, die von der des Monarchen abweicht, ist nicht nur nicht einzuwenden, sondern sie wird sogar unter Umständen vom Standpunkte einer wahrhaften, nicht jehüchlich-byzantinischen Königstreue aus zu erstehen und billigen Anlaß. Zum Unglück ist aber die habituelle tendenziöse Kritik des Monarchen, deren Ziel die Untergrabung, nicht die Aufrechterhaltung der monarchischen Autorität ist, weit häufiger in die Folge geschossen und dieser Umstand legt heute jedem Patrioten den Wunsch nahe, daß Kaiser Wilhelm II. persönlich mehr vor der Öffentlichkeit zurücktreten möge, damit die monarchische Autorität für alle Zeit im Deutschen Reiche stabilisiert bleibt wie ein rocher de bronze.“ Mit dem kaiserlichen Appell an die Zusammenfassung aller staatsbehaltenden Kräfte zur Stärkung der Autorität wird im Uebrigen jeder aufrichtige Patriot und nationalgefäunte Volkstheil freudig einverstanden sein. Dazu ist aber in erster Linie erforderlich, daß die Regierung in ihrem innerpolitischen Wirkungsbereich wieder eine Initiative findet und nicht die Hände in den Schooß legt, um bis Nimmermorgens darauf zu warten, daß die Parteien sie zum energischen Handeln schreiten und stoßen. „Uns fehlt ein harter Mann, der die Aufgabe hat, die Sozialdemokratie an der Gurgel zu packen“, hat Graf Bismarck gesagt. Nun wohl! Die Regierung in ihrer Gesamtheit muß dieser harte Mann sein. Die Sozialdemokratie ist der Todfeind jedweder Autorität und je nach dem Grade, wie dieser unversöhnliche Feind von der Regierung bei der Ausgestaltung ihrer Politik befolgt und gewürdigt wird, werden die Aussichten auf eine allgemeine Stärkung des Autoritätsgefühls steigen oder fallen. Nichts kann jedenfalls die Autorität mehr schwächen, als wenn die Sozialdemokratie von oben her mit den staatsbehaltenden Parteien auf gleichem Fuße behandelt und womöglich gar flattirt wird. Das muß notwendig die Autorität mehr schwächen, als wenn die Sozialdemokratie von oben her mit den staatsbehaltenden Parteien auf gleichem Fuße behandelt und womöglich gar flattirt wird. Das muß notwendig die Autorität mehr schwächen, als wenn die Sozialdemokratie von oben her mit den staatsbehaltenden Parteien auf gleichem Fuße behandelt und womöglich gar flattirt wird.

Neueste Drahtmeldungen vom 25. März.

Berlin. (Priv.-Tel.) Der Kaiser, der seit Sonnabend keinerlei Verband mehr trägt, nahm sowohl heute wie gestern den Vortrag des Reichskanzlers entgegen, außerdem heute den Vortrag des Statthalters von Elsaß-Lothringen, Fürsten Hohenlohe-Langenburg. Letzterer hatte gestern eine Unterredung mit dem Reichskanzler. — Fürst Otto Victor von Schönburg-Waldenburg ist mit der vermittelnden Frau Erbprinzessin Lucie von Schönburg-Waldenburg aus Dresden hier eingetroffen. — Der Abgeordnete Stöcker erklärt in der „Kreuzzeitung“ folgende Dankkundgebung: „Wir sind in Folge meiner zweitägigen Kämpfe mit der Sozialdemokratie im Reichstoge so viele Neuerungen von Theilnahme und Entrüstung, Glückwünsche, Zustimmungsbekundungen und Ermunterungen zugegangen, daß ich unmöglich jedem Einzelnen, der mich begrüßt hat, antworten kann. Ich spreche hiermit allen Freunden meinen aufrichtigsten Dank aus und grüße Sie in der Gemeinschaft des Geistes und der Ueberzeugung.“ — Zum Erzieher des Prinzen Joachim, des jüngsten, 10jährigen Sohnes des Kaiserpaars ist Garnisonprediger Dr. Ring in Berlin ausgerechnet worden, welcher dort erst seit kurzem amtirt. — Eine amerikanische Telegraphenagentur übermittelte transatlantischen Blättern die Nachricht, Carl Roberts habe den ihm verliehenen preussischen Schwarzen Adlerorden zurückgeliefert. An hiesiger gutunterrichteter Stelle ist davon nichts bekannt. — Die Verhandlungen des Auswärtigen Amtes mit der englischen Regierung wegen der Entschädigungsansprüche der aus Transvaal ausgewiesenen Deutschen sind, wie berichtet wird, bereits theilweise zum Abschluß gelangt. Eine Deputation aus Transvaal Ausgewiesener, die unter Führung des Justizraths Kuhlmann im Auswärtigen Amte empfangen wurde, erhielt die Mittheilung, daß die englische Regierung sich bereit erklärt habe, den Ausgewiesenen, jeht zum größten Theil in Berlin anwesenden deutschen Eisenbahnbeamten Entschädigungen zu gewähren. Für einzelne der Ausgewiesenen sind bereits Beträge bis zu 5000 Mk. als Entschädigung festgesetzt worden. Die Summen sollen schon im Laufe des Monats April zur Auszahlung gelangen. Bis jetzt sind freilich nur die Entschädigungsansprüche eines kleinen Theiles der aus Transvaal Ausgewiesenen anerkannt worden. Der „Berliner Transvaal-Ausgewiesener“ in Berlin umfasst allein 177 Personen, welche Entschädigungsansprüche geltend machen. Unter ihnen befinden sich zahlreiche Kaufleute und Handwerker. — Der „New-York Herald“ giebt in seiner Berliner Ausgabe eine Daily Telegraph-Meldung wieder, in der behauptet wird, Deutschland habe England gegenüber Versicherungen abgegeben, daß es einen englischen Protest gegen eine gemässigte Beilegung des Clanton-Bulwer-Vertrages, betreffend den Nicaragua-Kanal, unterstützen werde. Die Berliner „Rechtlichen Nachrichten“ können demgegenüber auf Grund von Grundangaben an zuverlässiger Stelle mit aller Bestimmtheit feststellen, daß Deutschland nicht in Entschiedenheit getreten ist, sich in den englisch-amerikanischen Streit einzumischen. — In der heutigen Sitzung des Central-Ausschusses der Reichsbank handelte über die Konstitution der Reichsbank. Präsident Koch macht über den Status der Bank befriedigende Mittheilungen, wenn er auch glaube, daß eine Herabsetzung des gegenwärtigen Diskontsatzes von 4 1/2 Prozent vorläufig zur Ueberwindung der Liquidationskrise, angebracht erscheine. — Der unter mysteriösen Umständen erfolgte Tod des Stadtrathes der Musik-Weine, der die Kriminalpolizei längere Zeit beschäftigte, hat eine Anklage gegen ihn, die heute vor der ersten Strafkammer des hiesigen Landgerichts I zur Verhandlung kam. Der Angeklagte wird, nach Franz Helmreich war seiner Zeit unter dem schweren Verdachte des Mordes in Ost genommen worden; er hatte sich heute nur noch wegen fahrlässiger Tödtung zu verantworten. Der Staatsanwalt erklärte, daß er das nun liquid hier vorhanden ansehe, morauf der Gerichtshof auf Freisprechung erkannte.

Riel. (Priv.-Tel.) Nicht am Topendobahn rannte das Torpedoboot „S. 8“ eine Dampfmaschine vom Schiffschiff „Edarlotte“ an. Die Maschine ging unter und es ertranken 1 Matrose und 1 Heizer, beide vom Schiffschiff „Edarlotte“.

Halle a. d. S. (Priv.-Tel.) Hier streifen die Stadtbahnwagenführer; der Verkehr auf den Hauptstraßen wird erheblich erhalten. Der Streik ist durch Entlassung von Fahrern beendet worden.

Marseille. Die Lage ist heute unverändert; kein Zwischenfall von Bedeutung hat sich bisher ereignet. Die Zahl der im Auslande befindlichen Maschinenarbeiter beträgt 1300. Einige Straßenbahnwagen verkehren noch. Die Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Ordnung sind wenig in die Augen fallend. An den Canals arbeiten etwa 1300 Mann, obwohl Aufständische, die an dem Canal de La Joliette Aufstellung genommen hatten, eine gewisse Anzahl Arbeitswilliger am Betreten der Docks verhindert haben.

Luxemburg. (Priv.-Tel.) Bei der sogenannten schwarzen Hütte bei Sülgen wurden gestern drei heimkehrende Holzarbeiter von einer Lamine ergriffen und getödtet.

Saint Moritz. (Priv.-Tel.) Am Julienberge im Engadin verstarb eine Latvone die unternehmenden Bohndücker. Hierbei wurden 2 Personen getödtet und 12 schwer verletzt.

Petersburg. (Priv.-Tel.) Der russische Gesandte Salom erbat Einbruch gegen die Anstellung von Ausländern als Beamte in Korea.

New-York. (Priv.-Tel.) Eine Zusammenkunft zwischen dem Präsidenten Diaz von Mexiko mit Mac Rinkes soll im nächsten Monat in Cwpa stattfinden; es handelt sich um die Verhandlung über einen panamerikanischen Congreß in Mexiko.

Rio de Janeiro. (Amtlich.) Die Regierung hat Kenntnis erlangt, daß der Contra-Admiral Custodio de Mello fortgesetzte Versuche mache, die Marine anzunehmen. Da dieses Verhalten zu beständigen Verwicklungen gab, deren Gegenstand Mello war, wurde seine Verhaftung als Disziplinarmassnahme für nöthig erachtet. Diese energische Handlung der Regierung hat auf die Bevölkerung der Hauptstadt und der ganzen Republik einen ausgezeichneten Eindruck gemacht. Es besteht kein Anlaß, eine Störung der Ordnung zu befürchten; es herrscht vollkommene Ruhe.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die heutige Börse war seit auf Grund von Nachrichten, die im Sinne einer friedlichen Lösung der chinesischen Streitfrage und endgiltige Beilegung des Burenkrieges gedeutet wurden, und auf hervorbrechende Jubelstimmung hinsichtlich der kommerziellen Lage. Der Verkehr entwickelte sich